

Abs.:

Botschaft der Islamischen Republik Iran
S.E. Herrn Mahmoud Farazandeh
Podbielskiallee 65-67
14195 Berlin

Hameln, 24.04.2024

Sehr geehrter Herr Botschafter,

mit Erschrecken habe ich von der Menschenrechtsorganisation Amnesty International erfahren, dass die Zahl der wegen Drogendelikten vollstreckten Todesurteile im Iran seit der Übernahme der Präsidentschaft durch Ebrahim Raisi massiv zugenommen hat. So wurden mehr als die Hälfte der insgesamt 853 Hingerichteten 2023 wegen Drogendelikten zum Tode verurteilt. Überproportional waren davon Angehörige der belutschinischen Minderheit betroffen. Angesichts der Bestrebungen von Präsident Raisi sowie des Rechts- und Justizausschusses des Parlaments Anfang dieses Jahres ist zu befürchten, dass in noch stärkerem Maß als bisher die Todesstrafe als Mittel politischer Unterdrückung eingesetzt werden soll, um Menschen in Angst und Schrecken zu versetzen und sie zum politischen Gehorsam zu zwingen.

Amnesty International lehnt die Todesstrafe grundsätzlich und ohne Ausnahme ab. Aber auch wenn der iranische Staat bisher an der Todesstrafe festhält, verstößt er mit der Verhängung von Todesurteilen bei Drogendelikten gegen Artikel 6 Absatz 2 gegen den von ihm ratifizierten Pakt für bürgerliche und politische Rechte der UN. Demgemäß muss die Verhängung der Todesstrafe in Ländern, in denen diese Strafe noch nicht abgeschafft worden ist, auf schwerste Verbrechen beschränkt werden. Dazu zählen dem UN-Menschenrechtsausschuss nur Verbrechen, die eine Tötung beinhalten, wozu Drogendelikte nicht gehören.

Ich lege diesem Schreiben an Sie die Kopie eines Briefs bei, mit dem ich mich in dieser Angelegenheit an den Vorsitzenden der Justiz Ihres Landes gewandt habe. Ich fordere auch Sie, Herr Botschafter, dringend auf, sich dafür einzusetzen, dass alle Hinrichtungen wegen Drogendelikten gestoppt werden und ein offizielles Hinrichtungsmoratorium mit dem Ziel der vollständigen Todesstrafe erlassen wird.

Mit freundlichen Grüßen